

Rede 07.10.2006 AntiLager Gruppe Hamburg

Liebe Leute,

wir befinden uns hier in der Nähe der Hamburger Untersuchungshaftanstalt Holstenglacis, in der auch Frauen als Abschiebehäftlinge untergebracht sind. Die Abschiebeeinrichtung für Männer befindet sich – nach der Schließung des Abschiebegefängnisses Glasmoor - auf dem Gelände bzw. in den Räumen der JVA Fuhlsbüttel, welche in der Nähe des Flughafens gelegen ist.

In solchen Abschiebeknästen befinden sich Menschen, deren einziges Vergehen darin besteht, keine gültigen Ausweispapiere zu besitzen. Es werden dort "ausreisepflichtige" AusländerInnen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, Menschen die illegal eingereist sind oder aus anderen Gründen ihren Aufenthaltsstatus verloren haben, bis zu 18 Monaten inhaftiert - wenn für die Behörden der Verdacht besteht, sie wollten sich ihrer Abschiebung entziehen. Die meisten Abschiebegefangenen sind verzweifelt und verstehen nicht, warum sie im Gefängnis festgehalten werden, obwohl sie keine Straftat begangen haben.

Ende 2005 besuchte eine Delegation des Antifolterkomitees des Europarats die Abschiebeabteilungen und befand die Lage der Abschiebegefangenen in den Hamburger Gefängnissen als "völlig inakzeptabel". Damit erteilte sie dem Senat eine deutliche Rüge wegen der extremen Bedingungen, denen die Abschiebegefangenen dort unterworfen sind - doch den Hamburger Senat kümmerte das nicht.

Neben der Praxis der Hamburger Ausländerbehörde überfallartig Abschiebungen von Flüchtlingen und MigrantInnen aus Ihren Unterkünften oder Wohnungen im Morgengrauen zu organisieren, ist die Abschiebehaft wesentlicher Bestandteil der inhumanen Praxis der Hamburger Politik. Aus der Abschiebehaft können die Menschen ungestört und unbemerkt von der Öffentlichkeit abgeschoben werden - wie zuletzt bei dem EU Sammelcharter in der Nacht vom 18. auf den 19. September 2006 geschehen, als neben Flüchtlingen aus anderen EU Staaten, 13 Flüchtlinge aus Hamburg nach Benin, Guinea und Togo unter größter Geheimhaltung abgeschoben wurden. Auch vor Abschiebungen von traumatisierten Flüchtlingen oder in das vom Krieg zerstörte Afghanistan schrecken die Hamburger Behörden nicht zurück.

Die aktuelle Auseinandersetzung in Hamburg dreht sich zur Zeit darum, dass SchulleiterInnen sich weigern, die Daten von Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus in ein neu eingerichtetes Zentrales Schülerregister einzugeben, auf welches auch die Innenbehörde Zugriff hat. Die LehrerInnen wollen illegalisierten Kindern den Schulbesuch nicht verwehren und sehen es auch nicht als ihre Aufgabe an, diese Kinder und ihre Eltern zu denunzieren, da die Meldung mit großer Wahrscheinlichkeit deren Abschiebung zur Folge hätte. CDU Politiker dagegen fordern die Hamburger Staatsanwaltschaft auf zu prüfen, ob es sich bei dem Boykottaufruf der verbeamteten Rektoren nicht um "Straftaten" handele. Hamburg ist mittlerweile bekannt für seine rigide Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik und hat sich in diesen Dingen bundesweit eine Vorreiterrolle erworben.

Als weiteren Schritt dieser Politik kann die kürzlich vollzogene Auslagerung der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge und Asylsuchende nach Mecklenburg – Vorpommern gelten. Die bisherige Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Schiff "Bibby Altona" wurde letzte Woche geschlossen, alle neuankommenden Flüchtlinge werden in Zukunft nach kurzem Aufenthalt in der Hamburger Anlaufstelle in der Sportallee im Bezirk Hamburg Nord so schnell wie möglich in das Lager Nostorf/Horst verbracht. Sie sollen ja keine Kontakte in Hamburg herstellen und hier Fuß fassen können.

Die Zentrale Aufnahmestelle des Landes Mecklenburg – Vorpommern in Horst befindet sich weit ab von jeder größeren Stadt und damit auch von notwendiger Infrastruktur wie Beratungsstellen, RechtsanwältInnen, ÄrztInnen, Krankenhäusern etc. Das Lager Nostorf/Horst dient seit Sommer 2005 auch als "Landesgemeinschaftsunterkunft" für Menschen, die nach Ansicht der Landesbehörden "keine Bleibeperspektive" in Deutschland haben. Es ist zu befürchten, dass auch die meisten Flüchtlinge, für die Hamburg weiterhin zuständig ist, bis zu ihrer Abschiebung dort bleiben werden. Die politischen Verantwortlichen in Hamburg machen mit der Auslagerung klar: Flüchtlinge sind in dieser Stadt unerwünscht und sollen möglichst weit weg untergebracht werden. Sie sollen aus den Städten in die Wälder – am liebsten ganz raus aus Deutschland oder Europa.

Wie das Leben von Flüchtlingen in Mecklenburg – Vorpommern aussieht, haben wir vorhin in einem Redebeitrag gehört, deswegen werde ich darauf jetzt nicht eingehen.

Ich möchte zum Schluß nur nochmal betonen, dass diese Auslagerung der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge und Asylsuchende aus Hamburg einen Präzedenzfall in der Bundesrepublik darstellt und Modellcharakter auch für andere Bundesländer haben könnte.

Unsere Forderungen sind nach wie vor:

**Bleiberecht für alle
Keine Auslagerung von Flüchtlingen aus Hamburg
Schließung aller Lager**